

„Die Mächtigen wollen, dass wir Angst vor ihnen und der Geheimpolizei haben. Aber es ist nicht so: Im Herzen sind sie nur Geschäftsleute, die Luxus und Geld mögen.“

„StalinGulag“ Alexander Gorbunow, der 2013 seinen Twitter-Kanal startete

„Die Labour-Partei verliert dort, wo sie historisch stark ist. Und die Konservativen verlieren dort, wo sie historisch stark sind.“

Der Politikwissenschaftler John Curtice von der Universität Strathclyde in Glasgow spricht von einer Bestrafungsaktion seitens der Wähler.

Nato hat neuen Oberbefehlshaber

MONS (dpa). Die Nato hat einen neuen Oberbefehlshaber. Der US-amerikanische Luftwaffengeneral **Tod Daniel Wolters** übernahm am Freitag bei einer Zeremonie im belgischen Mons die Aufgaben seines in den Ruhestand gehenden Landsmannes Curtis Michael Scaparrotti. Dieser hatte den Spitzenposten des Militärbündnisses rund 3 Jahre inne gehabt. Der Posten des Oberbefehlshabers (Saceur) sei „einer der schwierigsten und wichtigsten militärischen Posten auf der Welt“, sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg. „Heute ehren wir 2 herausragende militärische Anführer.“



Tod Daniel Wolters AP/Michel Euler

In der neuen Funktion wird der 59-jährige Wolters für die Planung und Ausführung von Bündniseinsätzen verantwortlich sein. Zu den laufenden

Operationen zählen neben den Ausbildungs- und Beratungseinsätzen in Afghanistan und im Irak zum Beispiel die Luftüberwachung im Baltikum und die Friedenssicherung im Kosovo.

Neben der neuen Bündnisposition ist Wolton auch oberster Befehlshaber der US-Streitkräfte in Europa (EUCOM).

Kremlkritischer Blogger StalinGulag enthüllt wahre Identität

MOSKAU (APA/AFP). Einer der populärsten Kreml-kritischen Blogger Russlands hat seine wahre Identität enthüllt. Der bisher anonym unter den Namen StalinGulag schreibende Internet-Aktivist gab seinen Namen am Freitag in einer Twitter-Botschaft mit **Alexander Gorbunow** an. Er sei 1992 in Machatschkala im Nordkaukasus geboren. Zur Offenlegung seiner Identität habe er sich nach einer Polizeirazzia im Haus seiner Eltern entschlossen.



Alexander Gorbunow

Screenshot Twitter/bbcussian

StalinGulag hat bei Twitter und Telegram knapp 1,5 Millionen Follower. Wegen einer Fehlbildung der Wirbelsäule und Muskelschwund sei er auf einen Rollstuhl angewiesen, sagte Gorbunow. Er ist nach eigenen Angaben verheiratet, lebt in Moskau und arbeitet dort als Finanzhändler. Seinen regierungskritischen Blog habe er nicht von langer Hand geplant. Vielmehr sei dieser ein „Unfall“ gewesen. Er wolle über „Absurditäten“ der russischen Politik schreiben.

In einem seiner jüngsten Beiträge hatte StalinGulag die stän-

dige Wiederholung der Debatte zwischen den ukrainischen Präsidentschaftskandidaten im russischen Fernsehen kritisiert: „Das zeigt, wie tief unser politisches System gesunken ist. Es ist spannender, die Wahl in einem anderen Land zu verfolgen, als auch nur zu hoffen, eines Tages selbst etwas Ähnliches haben zu können.“

Der Name StalinGulag sei seine Art, die russische Führung zu provozieren und auf irrtümliche Verbindungen zwischen der Zeit Stalins und dem Russland von heute hinzuweisen.

Briten strafen Brexit-Kurs ab

KOMMUNALWAHLEN: Ohrfeige für Tories – Einbußen bei Labour – Liberaldemokraten und Grüne legen zu

LONDON (dpa). Bei den britischen Kommunalwahlen sind die regierenden Konservativen (Tories) wegen des Brexit-Streits klar abgestraft worden. Sie verloren 1335 Sitze im Vergleich zu den Wahlen 2015. Auch die größte Oppositionspartei Labour musste bei den Abstimmungen in weiten Teilen Englands und Nordirlands schmerzhaft Verluste hinnehmen. Klare Gewinner sind die EU-freundlichen Liberaldemokraten. Die Grünen und einige unabhängige Kandidaten konnten ebenfalls zulegen.



Premierministerin Theresa May wertet die Ergebnisse der jüngsten Kommunalwahlen als Votum für einen zügigen EU-Austritt des Vereinigten Königreichs (Brexit).

„Das Bild ist klar“, räumte Premierministerin Theresa May am Freitag bei einer Parteiveranstaltung in Wales ein. „Dies ist eine schwierige Zeit für unsere Partei und die Wahlergebnisse sind ein Symptom hierfür.“

Die frühere Entwicklungshilfeministerin Priti Patel sagte angesichts des Debakels für die Tories: „May ist ein Teil des Problems. Wir brauchen einen Wechsel.“



„Natürlich wollten wir besser abschneiden. Teile der Wählerschaft haben sich in der Brexit-Politik in keiner der beiden großen Parteien wiedergefunden.“

Jeremy Corbyn, Labour-Chef

Insgesamt ging es bei den Kommunalwahlen um mehr als 8000 Sitze lokaler Gremien. Gewählt wurde in 248 englischen Bezirken. In einigen davon ging es darum, alle Sitze neu zu vergeben, in anderen stand nur ein Teil zur Wahl. In Nordirland wurden die Gremien in allen 11 Bezirken des Landesteils komplett neu besetzt. In 6 mittelgroßen und kleineren Städten wurden zudem neue Bürgermeister bestimmt. In Schottland, Wales und auch in London wurde nicht gewählt.

Nach Auszählung aller Bezirke verlor Labour 85 Sitze im Vergleich zu 2015. Die EU-feindliche Partei Ukip verbuchte 145 Sitze weniger. Die Liberaldemokraten gewannen hingegen 704 Sitze dazu.

Außenminister Jeremy Hunt (Tories) nannte im Kurznachrichtendienst Twitter die Verluste eine „Ohrfeige ins Gesicht der beiden großen Parteien“ (Tories und Labour, Anm. d. Red.).

Eigentlich hätte Großbritannien die EU bereits am 29. März verlassen sollen. Die Brexit-Frist wurde inzwischen bis zum 31. Oktober verlängert, nachdem May 3-mal im Parlament mit ihrem Austrittsabkommen gescheitert war. Großbritannien wird daher an der EU-Wahl in 3 Wochen teilnehmen müssen, sollten sich die beiden Großparteien nicht vorher einigen.

Labour-Chef Jeremy Corbyn teilt aus

Labour-Chef Jeremy Corbyn hatte lange Zeit nicht klar Position zum Brexit bezogen, was ihm starke Kritik einbrachte. Am Freitag warf er der Konservativen Partei (Tories) und den Liberaldemokraten vor, gemeinsam für einen jahrelangen Sparkurs zu Lasten der Bevölkerung verantwortlich zu sein. Die Liberaldemokraten waren von 2010 bis 2015 Koalitionspartner der Konservativen unter Premier

David Cameron, was sie etliche Wähler und Mitglieder kostete.

Der Chef der Liberaldemokraten, Vince Cable, jubelte hingegen, dass nach den Konservativen und Labour die Liberaldemokraten wieder eine größere Rolle spielten. „Die 3-Parteien-Politik ist zurück“, twitterte er.

Die neu gegründete Brexit-Partei des Ex-Ukip-Chefs Nigel Farage durfte noch nicht an den Kommunalwahlen teilnehmen. Sie führt bereits Wochen nach ihrer Gründung die Umfragen zur Europawahl Ende Mai an.

Überschattet wurden die Kommunalwahlen vom Rauswurf des Verteidigungsministers Gavin Williamson am Mittwoch. Regierungschefin May wirft Williamson vor, Medienvertretern sensible Informationen aus einem Treffen des nationalen Sicherheitsrats gesteckt zu haben. Williamson wies dies strikt zurück. Seine Nachfolgerin ist die bisherige Entwicklungshilfeministerin Penny Mordaunt.

EUROPA-SPLITTER

EU-Spitzenkandidaten debattieren

EU-WAHL: Kandidaten der verschiedenen Parteifamilien tauschen in Florenz Argumente aus

Sie trafen einander vorgestern im Rahmen der jährlichen „State of the Union“-Konferenz des Europäischen Hochschulinstitutes: die EU-Spitzenkandidaten. Das Streitgespräch fand in der imposanten Villa Salviati in den Hügeln vor Fiesole statt.

Es debattierten Ska Keller (Europäische Grüne), Frans Timmermans (Europäische Sozialdemokraten), Guy Verhofstadt (Europäische Liberale) und Manfred Weber (Europäische Volkspartei).

Während Timmermans erster Vizepräsident der EU-Kommission ist, sind die anderen 3 Mitglieder des Europaparlaments. Alle hoffen, Präsident bzw. Prä-



Manfred Weber (von links), Guy Verhofstadt, Ska Keller und Frans Timmermans bei der Debatte.

ANSA

sidentin der nächsten EU-Kommission zu werden.

Die Themen reichten von Belebung der Wirtschaft über Migrationskrise, Sicherheitsfragen bis hin zum Klimaschutz. Auch Fragen aus dem Internet wurden beantwortet. So fragte ein Internetnutzer die Kandidaten, wo die EU in Hinkunft mehr und wo sie weniger Zuständigkeiten haben sollte. Die Antworten fielen unterschiedlich aus:

Keller möchte keine Kompetenzen rückführen und die EU zu mehr sozialpolitischem Engagement befähigen. Verhofstadt möchte mehr Europa in den Bereichen Digitales, Energie, Kapitalmärkte und Sozialschutz. Kompetenzen an die Staaten müssten keine rückverlagert werden, sondern es sollte

ganz generell auf beiden Regierungsebenen weniger reguliert werden. Weber wiederum plädierte dafür, den Mitgliedstaaten bei der Umsetzungen von EU-Recht größere Spielräume zu lassen. Timmermans sprach sich für eine EU-Fiskalpolitik aus und kritisierte im Übrigen Webers Ankündigung, 1000 EU-Regelungen zu streichen: Dies sei eine aus der Luft gegriffene Zahl.

Keller unterstrich, dass die kommenden EU-Wahlen die wichtigsten in der Geschichte der EU seien. Timmermans sprach davon, dass es bei diesen Wahlen um die „Seele Europas“ ginge. Weber unterstrich, dass die kommende EU-Wahl die Chance bieten würde, die parlamentarische Demokratie in der EU zu stärken.

Die Herausforderungen der digitalen Welt und der Klimaschutz fanden breiten Raum wie die Bekämpfung der Steuerfreiheit von Internetgiganten.

Für eine Europäische Armee sprachen sich Weber und Verhofstadt aus, während Keller und Timmermans skeptisch blieben. Keller kann sich zwar ein Europäisches FBI, aber keine Europäische CIA vorstellen.

Alle sprachen sich für mehr Engagement in Afrika aus, wobei Timmermans von Finanzausgaben „epischen Ausmaßes“ sprach – während Keller daran erinnerte, dass Geld nicht alles sei und man wissen müsse, worin genau man investiere.

Am 15. Mai treffen die Kandidaten einander zu einer TV-Debatte im EU-Parlament.

4 FRAGEN AN...

... Gabriel N. Toggenburg*



Team von 7 Persönlichkeiten nominiert.

„D“: Hat das System des Spitzenkandidatenwahlkampfes denn einen Sinn?

Toggenburg: Es hilft einen schwierigen politischen Prozess einfach zu kommunizieren. Es signalisiert: „He Leute, macht mit, denn es geht nun um den Chef der EU-Regierung.“ Es soll unterstreichen, dass die Wahlen sich auf die Zusammensetzung der Kommission auswirken. Aber es ist auch ein bisschen Etikettenschwund dabei.

„D“: Inwiefern?

Toggenburg: Es liegt letztlich am Europäischen Rat, nicht am Wähler, welche Person dem Parlament zur Wahl zum Kommissionspräsidenten vorgeschlagen wird. Und das Programm eines Spitzenkandidaten lässt sich nicht 1 zu 1 in ein Arbeitsprogramm der neuen EU-Kommission umlegen. Da kochen noch andere mit.

„Dolomiten“: Was bedeutet es, „Spitzenkandidat“ zu sein?

Gabriel N. Toggenburg: Nun, im EU-Vertrag ist so etwas gar nicht vorgesehen. Es heißt dort nur, dass der Europäische Rat, wenn er einen Kandidaten fürs Amt des Kommissionspräsidenten vorschlägt, das Ergebnis der Wahlen zum EU-Parlament „berücksichtigt“. Es handelt sich also um ein wackeliges politisches Konstrukt.

„D“: Sind manche Parteien gegen das System von Spitzenkandidaten?

Toggenburg: Ja, die Europäischen Liberalen sind der Ansicht, dass die Figur von „Spitzenkandidaten“ nur dann Sinn macht, wenn es auch transnationale Wahllisten gibt und der Wahlkampf europäisch ausgestellt wird. Die Liberalen haben demnach auch nicht einen Kandidaten, sondern ein

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz

